

Breslauer Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhals pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf., Anfertigungsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Ercheinung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 14. Mittags-Ausgabe.

Sechshundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 9. Januar 1875.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf die Allerhöchste Verordnung vom 5. d. M., durch welche die beiden Häuser des Landtages der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, auf den 16. Januar d. J. in die Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen worden sind, mache ich hierdurch bekannt, daß die besondere Benachrichtigung über den Ort und die Zeit der Eröffnungs-Sitzung in dem Bureau des Herrenhauses und in dem Bureau des Hauses der Abgeordneten am 13. d. Mts. in den Stunden von 8 Uhr früh bis 8 Uhr Abends und am 14. d. Mts. in den Morgenstunden von 8 Uhr ab offen liegen wird.

In diesen Bureaus werden auch die Legitimationskarten zu der Eröffnungs-Sitzung ausgegeben und alle sonst erforderlichen Mittheilungen in Bezug auf dieselbe gemacht werden.

Der Minister des Innern.
Gr. zu Eulenburg.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

39. Sitzung des Reichstages. (8. Januar.)

1½ Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück mit zahlreichen Commissarien.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Consular-Vertrages zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland, der den Zweck hat, die Stellung und die Befugnisse der Consular-Behörden in beiden Ländern in ähnlicher Weise zu regeln, wie dies mit Italien und Spanien geschehen ist, während die Befugnisse der deutschen Consular-Behörden in Rußland sich ihrer Nationalität anzunehmen, bisher theils auf Verträgen einzelner deutscher Staaten, theils auf völkerrechtlichen Gewohnheiten beruht, deren Vorhandensein in manchen Fällen erst des Nachweises bedürfte. Die Artikel 2 bis 7 handeln von der Stellung der Consular-Beamten zu den respectiven Territorial-Behörden, ihrer Befreiung von den Lasten und Abgaben, von der ihnen schon bisher in Rußland gewährt und jetzt auch in Form der Recognition anerkannter Vorzugung im Gerichtsverfahren und der Unterstellung der Archive. Artikel 15 sichert überdies den Consular-Beamten alle Vorrechte, welche irgend einer anderen Nation gewährt werden sollten. Artikel 8 wahrt ihnen das Recht, sich zum Schutze bedrohter Interessen außerhalb des Landes selbst an die Landesregierung zu wenden. Artikel 10 — 14 betreffen ihre Befugnisse in Ansehung der Handelschiffe ihrer Nation, der Ueberwachung der Besatzung, der Wiedererlangung der Defecturen, der Negulirung von Sabotagen und der Vergütung bei Strandungen.

Abg. Fräuhof: Ich begrüße in diesem Vertrage mit großem Danke einen der Schritte, welche den Schutz der Interessen unserer Angehörigen im Ausland zum Ziele haben. Bereits über den letzten Vertrag mit Rußland, den wir hier vorst haben, sind mir mehrere Zuschriften zugegangen, welche den warmsten Dank in Rußland anlässiglicher Weise zu erkennen geben. Ich kann nur empfehlen, auf dieser Bahn fortzuschreiten. An dem vorliegenden Vertrage habe ich, wenn auch in bescheidener Form, nur eine Ausbesserung zu machen. Es ist das eine gewisse einseitige Richtung des Vertrages, welche die in letzter Zeit eingetretenen Veränderungen im russischen Handel, vorzüglich im Eisenbahnverkehr nicht genügend berücksichtigt. Es ist in den letzten Jahren die Wendung eingetreten, daß der getauerte russische Frachtverkehr in stets gesteigertem Maße mehr und mehr auf die Eisenbahnen übergeht, trotz der dadurch erheblich gesteigerten Frachtabgaben. Als ich im Jahre 1866 an der Wälgischen Börse die Wendung des russischen Frachtverkehrs prognostizierte, da wurde noch allgemein unglaublich mit den Köpfen geschüttelt. Gegenwärtig fließt bereits aus dem tiefsten Innern Rußlands das Getreide auf den Eisenbahnen nach den ausländischen Märkten ab. Der Vertrag nimmt nun beispielsweise gar keine Rücksicht auf die sehr zahlreichen Streitigkeiten, welche im Eisenbahnverkehr vorkommen. Ich möchte außerdem hinweisen auf den enormen Verkehr mit Südrußland, insbesondere mit Odessa und den Städten am schwarzen Meere, und wie wünschenswerth es ist, daß wir dort eine besonders kräftige Vertretung unserer handelspolitischen Interessen haben. Ich begrüße endlich den vorliegenden Vertrag ganz besonders deshalb, weil er nach der Erklärung des Präsidenten Delbrück die Spitze und letzte Stufe ist, welche zum Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland, also zu dem Ziele führt, welches zu erreichen der dringendste Wunsch des gesamten deutschen Handelsstandes ist.

Damit schließt die erste allgemeine Beratung und es folgt ihr sofort die zweite Specielle, da eine Verweisung des Vertrages an eine Commission nicht beliebt wird.
Art. 5 bestimmt, daß die Consulararchive unübersehblich sind und die zu denselben gehörigen Dienstpapiere auf keinen Fall von den Landesbehörden eingesehen werden dürfen.

Abg. Fräuhof fragt, ob die Dienstpapiere der Consuln auch äußerlich bemerkt werden, die leicht ihre Geschäftspapiere als Dienstpapiere reclamiren können.

Gep. Rath v. Philippborn erklärt, daß alle Dienstpapiere mit dem Consularstempel versehen werden müssen.
Bei Art. 8 macht Abg. Dr. Oppenheim auf einen häßlichen Druckfehler im französischen Texte aufmerksam, dessen Berichtigung Gep. Rath von Philippborn selbstverständlich sofort heranzieht. Wir erwähnen dies, weil der französische Text das Object der diplomatischen Verhandlungen und der Ratification ist, während der dem Reichstag vorgelegte deutsche Text lediglich eine Uebersetzung und auch nur als solche bezeichnet ist.

Art. 9 enthält die Bestimmungen über die Befugnisse der Consuln, nach denen sie auch berechtigt sind als Notare Testamente und Contracte aufzunehmen. Abg. Fräuhof wünscht eine Aufklärung darüber, ob die deutschen Consuln auch einen Vertrag zwischen Rußland und einem anderen Lande, wie es nach den Worten des Vertrages der Fall zu sein scheint. Gep. Rath von Philippborn antwortet, daß dies der Fall sei, wenn diese Verträge lediglich sich auf Vermögensstücke beziehen, welche im Gebiete der Nation, in welcher der instrumentirende Consul oder Agent angehört, belegen sind. Auf eine Anfrage des Abg. Wolfson, ob sich in Bezug auf die Zeugnisse Bestimmungen etwas geändert habe, erwidert derselbe Herr Bevollmächtigte, daß es in dieser Beziehung bei den betreffenden landesgesetzlichen Bestimmungen geblieben sei.

Im Uebrigen werden sämtliche Artikel unbedändert angenommen.
Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden, über welchen die Commission einen eingehenden schriftlichen Bericht erstattet hat. § 1 bestimmt, daß Naturalleistungen im Frieden nur nach den Bestimmungen des vorgelegten Gesetzes gefordert werden können.

Berichterstatter Dr. Weigel: Bisher war in diesem Gesetze wie in manchen anderen die Bestimmungen enthalten, welche seine Wirksamkeit für Bayern und Württemberg einschränkten; eine solche Bestimmung ist in dem vorliegenden Gesetze jetzt fortgefallen, weil uns zwei Gesetze über die Naturalleistungen in diesen beiden Einzelstaaten vorgelegt sind, deren Annahme die Commission mit Recht annehmen zu können glaubt. Dann gilt für die Leistungen an die bewaffnete Macht in ganz Deutschland gleiches Recht und gleiche Verpflichtung bis in die kleinste Dorfgemeinde hinab. Es war dann dem Reichstag ausgedrückt, die Commission solle überlegen, ob es sich nicht empfehlen ließe, das ganze Quartierleistungsgesetz in dieses Gesetz mit aufzunehmen, und die Ueberleitungsstelle wäre allerdings eine solche Zusammenfassung wünschenswerth; doch ist dies nur ein untergeordneter Gesichtspunkt. Außerdem wäre es auch nöthig gewesen an das Quartierleistungsgesetz die bessernde Hand anzulegen, was nicht thunlich erschien, da nach den Mittheilungen der

Commissarien die verbündeten Regierungen augenblicklich über Verbesserungen dieses Gesetzes verhandeln, und das Bedürfnis nach mehreren in der Commission angeregten Veränderungen bereitwilligst anerkannt haben.

§ 1 wird darauf ohne Debatte angenommen.
§ 2 lautet: „Durch Vermittlung der Gemeinden können in Anspruch genommen werden: 1) die Stellung von Vorspann, 2) die Verabreichung von Naturalverpflegung, 3) die Verabreichung von Fourage.“

Berichterstatter Dr. Weigel: Als Aenderung ist hervorzuheben, daß die Stellung von Reitpferden ausgeschlossen ist. Für diese Verpflichtung ist von den Commissarien der Regierung nur ein Fall angeführt worden, in dem eine solche dringend notwendig erschien: wenn nämlich plötzlich lokale Unruhen ausbrechen und Truppen entsendet werden müssen, so ist es notwendig für den Commandirenden, möglichst schnell Reitpferde zu beschaffen. Die Commission glaubte diesen ganz extraordinären Fall unberücksichtigt lassen zu dürfen.

§ 2 wird ohne weitere Debatte angenommen.
§ 3 handelt von der Verpflichtung zur Stellung von Vorspann und von der Befreiung davon.

Berichterstatter Dr. Weigel: Die Commission hat, um einem allgemein ausgesprochenen Wunsche nachzukommen, die Reichs- und Staatsverwaltungen nur in so weit befreit, als dies die Zustichere der Staats- und Privatgesetze und die Remonten der Militärverwaltung betrifft. Außerdem sind, wie in früheren Gesetzen die Mitglieder der deutschen regierenden Familien, die Gesandten fremder Mächte, Officiere, Beamte, sowie Seelforger, Aerzte und Thierärzte hinsichtlich der für ihren Dienst oder Beruf notwendigen Pferde und Posthalter für die zur Beförderung der Posten vertragsmäßig zu haltenden Pferde von dieser Stellungspflicht befreit.

§ 3 wird angenommen.

§ 4. „Zur Verabreichung der Naturalverpflegung ist der Quartiergeber verpflichtet. Derselbe kann nur gefordert werden für die auf Marschen befindlichen Theile der bewaffneten Macht, und zwar sowohl für die Marsch- und Ruhetage, als auch für die auf dem Marsch eintretenden Aufenthaltstage (Viehtag). Der mit Verpflegung Einquartirte — sowohl der Officier, Arzt und Beamte, als auch der Soldat — hat sich in der Regel mit der Kost des Quartiergebers zu begnügen. Bei vorübergehenden Streitigkeiten muß dem Einquartirten dasjenige in gehöriger Zubereitung gewährt werden, was er nach dem Reglement bei einer Verpflegung aus dem Magazin zu fordern berechtigt sein würde.“

Abg. Guntter (Sachsen): Da dieses Gesetz in vieler Beziehung vortrefflich ist und sehr viele Uebelstände, so weit es möglich war, beseitigt hat, so ist es um so mehr zu bedauern, daß das Gesetz da keine Anwendung findet, wo es dringend notwendig wäre, nämlich wo größere Truppeneinquartierungen auf längere Zeit stattfinden. Für diesen Fall sind in dem vorliegenden Gesetz keine Erleichterungen geschaffen. Es ist allerdings für solche längere Cantonements bestimmt, daß Magazineverpflegung eintreten und der Quartiergeber den Soldaten nur die zur Zubereitung notwendigen Geräte geben soll. Es stellt sich aber das Verhältniß in den meisten Fällen so, daß trotz der Magazineverpflegung den Soldaten seitens der Quartiergeber Naturalverpflegung gewährt werden muß, wenn sie sich nicht den größten Unannehmlichkeiten aussetzen wollen. Uebernehmen die Gemeinden die Naturalverpflegung, so wird ihnen seitens der Militärverwaltung ein so billiger Satz octroyirt, daß sie erheblich dabei einbüßen und in manchen Fällen überleben die Opfer, die auf diese Weise von den Einzelnen verlangt werden, den Steuerbetrag eines ganzen Jahres.

Generalmajor v. Voigts-Rhege: Die Militärverwaltung kann sich darauf nicht einlassen, auch für Cantonements den höheren Entschädigungssatz ausnehmen und zwar aus finanziellen Rücksichten. Die Magazineverpflegung ist erheblich billiger, als die in diesem Gesetze aufgestellten Vergütungen; die Militärverwaltung kann also nicht auf dieselbe verzichten und die Mehrbelastung auf sich nehmen; außerdem soll der Soldat auch gekostet sein, sich aus den gelieferten Materialien seine Speisen selbst zubereiten. Wenn den Soldaten neben der Magazineverpflegung seitens der Quartiergeber auch noch die Naturalverpflegung gewährt worden ist, so ist das nur mißbräuchlich gechehen.

Berichterstatter Weigel: Die Ausführung der vom Abg. Guntter gewünschten Ausdehnung dieses Gesetzes auch auf die Cantonements ist von der Majorität der Commission als eine Verschlechterung betrachtet worden. Außerdem kann jeder Quartiergeber mit diesem Gesetze in der Hand die Naturalverpflegung den Truppen verweigern, die nicht auf dem Marsche sind. Wenn dessen unerachtet die vom Abg. Guntter beregten Unconvenienzen vorkommen, so berühren sie auf freiem Willen der Quartiergeber und nicht auf dem Gesetz.

§ 4 wird darauf unbedändert angenommen.

§ 5, welcher von der Verabreichung der Fourage handelt, wird ohne Debatte genehmigt. — § 6 bestimmt, daß die Verpflichtung zu den betreffenden Leistungen auf Grund der von den zuständigen Civilbehörden angestellten Marschrouten, oder auf Grund besonderer Anordnungen dieser Behörden eintritt. In dringenden Fällen kann die zuständige Militärbehörde die Leistungen direct von der Gemeindebehörde und wo diese nicht rechtzeitig zu erreichen ist, von den Leistungspflichtigen in der Gemeinde unmittelbar requiriren. Anordnungen sowie Requisitionen sind schriftlich zu erlassen und müssen die genaue Bezeichnung der geforderten Leistung enthalten. Ueber die erfolgte Leistung ist von der betreffenden Militärbehörde oder dem Commandoführer der Truppe, für welche die Leistung erfolgt ist, schriftliche Bescheinigung zu erteilen.

Der Referent bemerkt, daß die Commission die Abweichung von der als Regel aufgestellten Ausdehnung der Civilbehörden ausdrücklich auf bringende Fälle beschränkt und im Interesse der Sicherung der Liquidation die unbedingt schriftliche Requisition und der Bescheinigung der Leistung erfordert habe. § 6 wird hierauf angenommen. — Die §§ 7 und 8, welche die Modalitäten der Erfüllung der Verpflichtung feststellen, werden ohne Discussion genehmigt.

§ 9, in welchem die Grundsätze der für die Leistung zu erstattenden Vergütung geregelt und die einzelnen Sätze der Vergütung aufgestellt werden, hat von der Commission in mehrfacher Beziehung Abänderungen erfahren. Wie der Referent ausführt, sind erstlich die im Kriegesleistungsgesetz enthaltenen Entschädigungsgrundsätze, auf welche die Regierungsvorlage einfach verwiesen hatte, in ihrem Wortlaut — so weit hierher gehörig — reproducirt worden. Die Vergütungssätze sind aber auch gegen die ursprüngliche Vorlage, wie folgt erhöht. Nach jener sollte die Vergütung für Naturalverpflegung für Mann und Tag betragen: a) für die volle Tageskost einschließlich Brot 75 Pfennige, ohne Brot 60 Pfennige, b) für die Mittagskost allein 40 Pfennige resp. 35 Pf., c. für die Abendkost allein 20 Pf. resp. 15 Pf., d) für die Morgenkost allein 15 Pf. resp. 10 Pf. Die Commission hat diese Sätze ad a) auf 1 Mark resp. 80 Pf., ad b) auf 50 Pf. resp. 40 Pf., ad c) auf 35 Pf. resp. 30 Pf. und ad d) auf 15 Pf. resp. 10 Pf. erhöht.

Der Referent bemerkt, daß die beantragte Erhöhung von den Vertretern des Bundesrathes in der Commission mit Rücksicht auf den Finanzhaushalt des Reiches und der Einzelstaaten bekämpft worden sei. Die Commission war jedoch in der überwiegenden Zahl ihrer Mitglieder der Ansicht, daß die finanziellen Rücksichten von dem Rechte auf auskömmliche Entschädigung zurücktreten mußten. Durch die Vorenthaltung einer ausreichenden Vergütung werde die Last nur ungleich und ungerecht vertheilt. Der Ansicht, daß in den überwiegenden Fällen 75 Pfennige für die volle Tageskost ausreichend seien, wurde von den meisten Mitgliedern der Commission auf's Entschiedenste widersprochen. Derselbe beantragt, den von ihr vorgeschlagenen Erhöhungen, die als den tatsächlichen Verhältnissen im Allgemeinen entsprechend anzusehen sind, zuzustimmen.

Bundes-Commissar Geh. Rath Starke bittet um Ablehnung der Commissionsbeschlässe; es handle sich hier um einen sehr schwierigen Punkt, da man einerseits eine volle Entschädigung für das wirklich geleistete zu gewähren, andererseits aber auch die Gesamtheit der Steuerzahler nicht über dieses Maß hinaus belasten dürfe. Vor Feststellung der in der Regierungsvorlage enthaltenen Sätze hätten umfassende Erhebungen stattgefunden, nach welchen, wenn man nicht überhaupt auf einen Einheitsatz verzichten wolle, die Vorschläge der Regierung als einem solchen am meisten entsprechend zu

erachten wären. In der großen Mehrzahl der Fälle werde die so normirte Entschädigung völlig ausreichend sein.

Abg. v. Winter tritt für die Commissions-Anträge ein. Will man einen Einheitsatz überhaupt, so muß man ihn so greifen, daß er auch allen Fällen gerecht wird. Wenn man vor 64 Jahren, im Jahre 1810, den Satz von 5 Sgr. für eine angemessene Vergütung der Verpflegung eines Soldaten erachtet hat, so sind sicher 10 Sgr. heute zu Tage dafür nicht zu viel. Zahlreiche Petenten vom Rhein, aus Baden, Westfalen und Ostpreußen führen den Nachweis, daß ihnen die Naturalverpflegung eines Mannes sogar auf 14—15 Sgr. zu stehen kommt. Es ist das auch gar nicht übertrieben, wenn man erwägt, was geleistet werden muß, nämlich 1 Pfund 26 Loth Brot, 15 Loth Fleisch, 1½ Loth Salz und ¼ Loth Kaffee. Wenn man dem entgegenhält, daß durch die Erhöhungen der Commission das Ausgabe-Budget um 2,700,000 Mark erhöht würde, so ist diese Mehrausgabe endlich durchaus keine übermäßige, andererseits kann sie aber viel eher vom Reiche, als von den Gemeinden getragen werden. Nebener, welcher als Landwirth seit 10 Jahren Gefangene beschäftigt, hat sich überführt, daß selbst diese mit 7½ Sgr. pro Tag nicht erhalten werden können. Schon die Annahme des 10 Sgr.-Satzes würde zur Folge haben, daß die in Baiern bisher gezahlte Vergütung um 2½ Sgr. herabgemindert wird, bei 7½ Sgr. würde die dort zu entrichtende Entschädigungsgebühr fast auf die Hälfte reducirt werden.

§ 9 wird hierauf in der Fassung der Commission angenommen; ebenso § 10, welcher die besonderen Verpflichtungen der Besitzer von Schiffen und Fahrzeugen enthält.

§ 11 der Commissionsbeschlässe lautet:
Wenn cultivirte Grundstücke zu Truppenübungen benutzt werden sollen, so sind davon die betreffenden Ortsvorstände zu benachrichtigen, damit die vorzugsweise zu schonenden Ländereien durch Warnungszeichen kenntlich gemacht werden können. Ausgeschlossen von jeder Benutzung bei Truppenübungen bleiben Gebäude, Wirtschaften und Hofräume, Gärten und Parkanlagen, Holzschonungen, Dünen-Anpflanzungen, Gopengärten und Weinberge, sowie die Versuchsfelder land- und forstwirtschaftlicher Lehranstalten und Versuchsstationen.

Hierzu beantragt v. Schorlemer-Mst: Hinter dem Worte „Park-Anlagen“ hinzuzufügen „Kunstwiesen“. Er bemerkt: Die Kategorien der Kunstwiesen ist wahrscheinlich nur durch ein Versehen vergessen worden. Diese Anlagen sind so jarter Natur, daß sie bei einem Ueberreiten durch Cavallerie oder gar bei einem Ueberfahren durch Artillerie einen Schaden erleiden würden, der oft kaum in einem Jahre wieder gut zu machen wäre.

Abg. Dr. Baehr: § 11 der Regierungsvorlage enthält in seinem ersten Absatz die Bestimmung: „Die Besitzer von Grundstücken sind verpflichtet, zuzulassen, daß bei Truppenübungen ihre Grundstücke von den Truppen zu Uebungszwecken benutzt werden können.“ Durch Weglassung dieses Passus ist der § 11 der Commissionsbeschlässe nur unklar geworden. Was will man denn nun eigentlich aussprechen? Besteht ein solches Recht der Militär-Behörde, die Grundstücke zu betreten, oder besteht es nicht? Ist das erstere der Fall, was soll es nicht mit klaren Worten gesagt werden? Besteht es aber nicht, so weiß nicht, wie man das Betreten der Grundstücke, wovon doch hier fortwährend die Rede ist, juristisch rechtfertigen will. Da factisch allerdings die Militärbehörde bei ihren Uebungen dieser Benutzung der Grundstücke nicht entbehren kann, so ist es das einzige Correcte, den betreffenden Passus der Regierungsvorlage wiederbeizufügen.

Abg. v. Winter: Ein solches Recht, wie es die Regierungsvorlage forderte, existirt nirgend in Deutschland; nirgend sind die Privatgrundstücke mit einem solchen Servitut belastet. Aber thatsächlich ist das Verhältniß bisher immer ein solches gewesen, daß die Militärbehörde sich nicht hat entschlagen können, bei ihren Uebungen Privatgrundstücke zu betreten, wofür jedoch Entschädigung gezahlt wurde. Die Commission wünschte es nun bei diesem thatsächlichen Verhältniß zu belassen; sie wünschte, daß es gewissermaßen als eine vis major angesehen würde, wenn Truppen in die Lage kommen, fremde Privatgrundstücke zu betreten. Die Bestimmung der Regierungsvorlage aber mußte sie ablehnen, denn ihre Annahme hieße nichts anderes, als ein allgemeines Servitut auf sämtliche Privatgrundstücke in Deutschland legen.

Bundes-Commissar v. Voigts-Rhege: Die Bundesregierung muß es allerdings auch noch heute als das Wünschenswertheste erachten, die ursprüngliche Bestimmung wiederherzustellen. Sie hat sich aber mit Rücksicht darauf, daß ja an den bestehenden Verhältnissen in Benutzung der Grundstücke thatsächlich nichts geändert wird, mit dem § 11 der Commissionsvorlage einverstanden erklärt. Was den Antrag Schorlemer betrifft, so find wir nicht in der Lage uns darüber zu erklären, da wir gar nicht wissen, in welcher Ausdehnung derartige Kunstwiesen in den einzelnen Gegenden bestehen.

Abg. v. Schorlemer-Mst: Diese Kunstwiesen bestehen eben im ganzen Lande, hier mehr, dort weniger zahlreich. Eine nähere Angabe vermag ich nicht zu geben; aber der Commission hat ja bei den anderen Kategorien, wie Schonungen, Parkanlagen u. s. w. eine derartige Statistik nicht vorgelegen.

Berichterstatter Weigel: Die Commission hat den in Rede stehenden Passus des Regirungs-Entwurfs abgelehnt, weil sie nicht mit positiven Worten ausgesprochen wissen wollte, daß jedes Grundstück schrankenlos zu Militärrübungen benutzt werden könnte. Das Compelle zu solchen Benutzungen wird ein viel geringeres sein, wenn eine derartige positive Gesetzesbestimmung nicht besteht. Gegen den Antrag Schorlemer würde nichts zu erinnern sein, vorausgesetzt, daß nicht etwa alle und jede Wiese darunter gemeint sein kann.

Abg. Baehr (Rassel): Die Beredner haben die bestehende Unklarheit des § 11, die ich hervorhob, wesentlich nur beseitigt. Es wird also die Militär-Behörde gerather außerhals des Rechts gestellt. Das ist eine Art Gesetz zu machen nach Art des Vogel Strauß, der den Kopf in den Sand steckt, um die Dinge nicht zu sehen, die doch thatsächlich existiren.

Abg. Graf Moltke: Die in § 11 genannten Grundstücke sind Parzellen, die möglicherweise von Truppen umgangen werden können, eine Wiese aber erstreckt sich oft stundenweit und wenn sie unter keiner Bedingung betreten werden darf, so kann leicht ein ganzes Manöverterrain dadurch unterbrochen werden. Man wird ja von selbst bei der großen Höhe der Entschädigung vermeiden, solche Wiesen zu betreten, aber ihre Vertretung ganz auszuschließen, möchte ich doch nicht empfehlen.

Abg. Schröder (Vippstadt): In Norddeutschland existiren nur außerordentlich wenige solcher Kunstwiesen. Bei einigen diezig Fällen vollständiger Special-Separationen ist mir nur ein einziger Fall vorgekommen, wo eine derartige Wiese bestand.

Abg. Stumm: Keineswegs besitzen alle Gegenden Deutschlands so wenig Kunstwiesen. In dem Kreise Siegen z. B. der sehr reich an Wiesen ist, besteht der weitüberwiegende Theil aus Kunstwiesen und es würde daher, wenn der Antrag Schorlemer angenommen wird, der Kreis Siegen von Truppenübungen fast ganz ausgeschlossen sein.

Der Antrag Schorlemer-Mst wird hierauf abgelehnt und § 11 in der Fassung der Commissionsbeschlässe angenommen.

§ 12, nach welchem die Besitzer von Brunnen und Tränken verpflichtet sind, marschirende, bivouacirende, cantonnirende und abende Truppen, falls die vorhandenen öffentlichen Brunnen und Tränken für die Bedürfnisse der Truppen nicht ausreichen, zur Mitbenutzung der Brunnen und Tränken zuzulassen, auch wenn zu diesem Zwecke Wirtschaften und Hofräume betreten werden müssen, wird unbedändert angenommen. Ebenso § 13, welcher die Besitzer von Schmieden verpflichtet, marschirende, bivouacirende und cantonnirende Truppen zur Mitbenutzung der Schmieden gegen angemessene Vergütung zuzulassen.

§ 14 lautet nach den Commissionsbeschlässen: „Alle durch die Benutzung von Grundstücken zu Truppenübungen, sowie die in den Fällen des § 12 entstehenden Schäden werden aus Militärjähren vergütet. Die Feststellung derselben, sowie der nach § 13 eintretenden Vergütungen erfolgt, sofern über den Betrag eine Einigung nicht stattfindet, auf Grund sachverständiger Schätzung. Bei der Auswahl der Sachverständigen haben die Vertretungen der Kreise oder gleichartige Verbände mitzuwirken. Die Vetheiligten sind zum Schätzungstermine vorzuladen.“

Abg. Dr. Baehr (Rassel) beantragt, hinter dem ersten Satz des Paragraphen einige Sätze einzuschalten, welche aus dem § 33 des Gesetzes über die Kriegesleistungen entnommen sind und den Bundesrath ermächtigen, die

jungen Behörden zu bestimmen, vor welchen das Abschlagsverfahren stattfinden hat.

Dieser Antrag wird jedoch abgelehnt und § 14 der Commissionsbeschlüsse genehmigt.

§ 15 der Vorlage, welchen die Commission unverändert gelassen hat, lautet: „Jede Eisenbahnverwaltung ist verpflichtet, die Beförderung der brennstoffen und des Materials des Landverkehrs und der Marine gegen Vergütung nach Maßgabe eines vom Bundesrathe zu erlassenden und von Zeit zu Zeit revidirenden allgemeinen Tarifs zu bewirken.“

Der Berichterstatter Dr. Weigel theilt mit, daß ihm gestern Abend eine Petition des „Bereins der Privatbahnen in Deutschland“ zugegangen sei, über die sich die Commission selbstverständlich noch nicht habe schlüssig machen können. Der genannte Verein verlangt die Aufnahme einer Bestimmung in das Gesetz des Inhalts, daß der Bundesrath verpflichtet sein solle, vor Festsetzung der Vergütungssätze die Eisenbahnverwaltungen mit ihrem Gutachten zu hören. Der Berichterstatters persönliche Meinung ging dahin, daß die Aufnahme einer solchen ausdrücklichen Bestimmung in das Gesetz kaum nöthig sei, zumal in praxi bisher stets die Eisenbahnverwaltungen gehört worden sind, ehe man die Vergütungssätze normirte. Er behält sich vor, bei Gelegenheit der dritten Berathung den Beschluß der Commission bezüglich dieser Petition dem Hause vorzulegen.

Geb. Ober-Regierungsrath Starke erklärt, daß kein Bedenken vorliege, vor Feststellung der Tarife die Eisenbahnverwaltungen zu hören, die Aufnahme einer dahingehenden ausdrücklichen Bestimmung in das Gesetz aber entbehrlich sei.

Hierauf wird § 15 unverändert angenommen und §§ 16, 17 und 18 der Commissionsbeschlüsse, ebenso die Einleitung und Ueberschrift des Gesetzes genehmigt.

Die Vorlage ist sonach nach den Commissionsbeschlüssen in allen ihren Theilen angenommen.

Nach § 17 tritt das Gesetz mit dem 1. Juni 1875 in Kraft.

Am 4 Uhr verläßt sich das Haus bis Sonnabend 11 Uhr. (Tages-Ordnung: Elf kleinere Gesetzentwürfe, Anträge und Petitionen, darunter das Gesetz betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 8. Juli 1872 über die Kriegskostenentlastung und der vom Abg. Schulze vorgelegte Gesetzentwurf betr. Art. 32 der Verfassung.)

Berlin, 8. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Postcommissarius Müller zu Frankfurt a. M. den Nothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Superintendenten und Oberpfarrer Martinus zu Herzberg im Kreise Schweinitz den Königlich-kronen-Orden dritter Klasse; dem Schriftsteller A. C. Brachvogel zu Berlin den Königlich-kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Chausseegeld-Erheber Feige zu Stanowitz im Kreise Striegau das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem ersten Dolmetscher des kaiserlich türkischen Divans, Mahmud Munir Effendi den Königlich-kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern, und dem Chef des Bureau der fremden Correspondenz im kaiserlich türkischen auswärtigen Amt, Dhanne Chorasandisch Effendi, den Königlich-kronen-Orden zweiter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den nachbenannten kaiserlich russischen Offiziere in den Orden verliehen, und zwar: den Nothen Adler-Orden zweiter Klasse mit dem Stern: dem General-Major a. la suite Se. Majestät des Kaisers, Fürsten Jmeretinski, Chef des Stabes des Warschauer Militär-Bezirks; den Königlich-kronen-Orden zweiter Klasse: dem Obersten von Pfeiffer im Generalstabe und dem Obersten Michailowsky, attaché dem Stabe des General-Gouverneurs von Moskau; sowie den Königlich-kronen-Orden dritter Klasse: dem Garde-Stabs-Kittmeister Fürsten Tscherskaski, Adjutanten des Ober-Commandirenden der Truppen im Warschauer Militär-Bezirk, dem Stabs-Kittmeister Brinschaninoff von der Adjutantur und dem Collegien-Adjuncten und Kammerjunker Schablitin, aggregirt dem Ministerium des kaiserlichen Hauses.

Se. Majestät der Kaiser hat den Gemeinderath Adersmann Florenz Schwoob zu Geiselsheim, Bezirk Unter-Elz, zum Beigeordneten dieser Gemeinde ernannt.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reichs die von dem reformirten Consistorium zu Bismarck vorgeschlagene Ernennung des Vicars Stern zu Schlichtheim, zum Pfarrer in Bismarck, Bezirk Unter-Elz, bestätigt. Der Königlich-preussische Landgerichts-Adjunct a. D. Karl Nikolaus Klotze ist zum Advokaten im Bezirk des kaiserlichen Appellationsgerichts zu Colmar und zum Anwalt bei dem kaiserlichen Landgerichte in Mülhausen ernannt.

Se. Majestät der Kaiser hat dem Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien Grafen von Arnim-Bohlenburg zu Breslau das Amt des Curators der dortigen Universität übertragen; den Justifications-Secretären Weber und Wötter zu Wittenberg resp. Königsberg den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen; und der Wahl des Rectors am Gymnasium in Belgard, Dr. Bobrik, zum Director derselben zu einem Gymnasium erweiterten Anstalt die Allerhöchste Befestigung ertheilt.

[Hoftrauer.] Der Königl. Hof legt heute für Se. Königl. Hoheit den Kurfürsten von Hessen die Trauer auf vierzehn Tage an.

Der Cataster-Controllor Model zu Zeitz ist zum Steuer-Inspector ernannt worden. Dem Gymnasial-Oberlehrer Dr. Friedrich Adolph von Beljen in Saarbrücken ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Dem Ingenieur und Fabrik-Director C. Kesseler zu Greifswald ist unter dem 5. Januar 1875 ein Patent auf eine Dampfmaschine auf drei Jahre ertheilt worden. — Das dem Herrn Louis Benoit Mitchell in Molenbeck bei Brüssel unter dem 27. October v. J. ertheilte Patent auf einen Dampfmaschinenbolzen ist aufgehoben.

Ernannt sind: der Gerichtsassessor Goldmann zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht in Weiden, der Gerichtsassessor Strauben zum Friedensrichter bei dem Friedensgericht in Jüchen, der Gerichtsassessor Oberst zum Friedensrichter bei dem Friedensgericht in Trarbach, und der Gerichtsassessor Reichensperger zum Friedensrichter bei dem Friedensgericht in Völklingen. Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Leo zu Eibenwerda ist in gleicher Eigenschaft an das Stadt- und Kreisgericht zu Magdeburg mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst verlegt worden.

Berlin, 8. Januar. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin.] Besuchte heute die Magdalenen-Anstalt und das Siechenhaus Bethesda.

[Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit] begab sich gestern um 9½ Uhr Vormittags nach dem Kadettencorps und wohnte dort bis 12½ Uhr Mittags den Unterrichtsstunden bei.

Um 4 Uhr Nachmittags empfingen die Höchsten Herrschaften den hier weilenden japanischen Prinzen. Später hatte die Baronin von Bildt, Gemahlin des schwedischen Gesandten, welche durch die Gräfin Karolyi vorgestellt wurde, und dann die Gräfin Redern die Ehre des Empfangs.

Zum Diner begaben sich die Höchsten Herrschaften um 5½ Uhr zum Fürsten Anton Radziwill.

Von 8 Uhr ab wohnte Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz der Vorstellung im Opernhause bei. (Reichsanz.)

[Dankschreiben.] Von Se. Majestät dem Kaiser ist dem hiesigen Magistrat auf seine, aus Anlaß des Jahreswechsels an den Kaiser gerichtete Glückwunsch-Adresse folgendes Dankschreiben zugegangen:

Dem Magistrat Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin danke ich verbindlich für die Mir beim Beginn des Jahres dargebrachten Glück- und Segenswünsche. In dem ich dieselben aufrichtig mit dem Wunsche erwiedere, daß die großen Aufgaben, welche die Stadt Berlin zur Erfüllung weltstädtischer Bedürfnisse durchzuführen unternommen hat, in Beförderung der Wohlfahrt ihrer Bewohner zu einem glücklichen Ende gelangen werden, treue ich mich des herzlichsten Ausdrucks, welchen die den Magistrat belebende Treue und Anhänglichkeit in der Adresse vom 1. d. M. von Neuem gefunden, insbesondere aber der Verehrung, welche sich darin über den Erfolg der kirchlichen, Gemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 ausspricht. Ich lege großen Werth darauf, den damit begonnenen weiteren Ausbau unserer evangelischen Kirche bald vollendet zu sehen, und lasse mich, dem Reformwerk eingehendes Interesse widmend, gern von der Erneuerung leiten, daß sich der Einfluß derselben wie in den evangelischen Gemeinden der beteiligten Provinzen überhaupt, so namentlich in Berlin durch Wiederbelebung und Vertiefung des lauternden evangelisch-kirchlichen Sinnes segensreich geltend zu machen wissen.

Berlin, 4. Januar 1875. Wilhelm.

der für das unbedingte Vertrauen zu meiner Staatsregierung, welchem Sie gleichzeitig mit bereiten Worten Ausdruck gegeben haben. Gestärkt durch das Bewußtsein dieses Vertrauens, werde ich so lange Gott der Herr Mir die Kraft verleiht, nicht aufhören, der geistigen und materiellen Wohlfahrt des Vaterlandes freudig meine ganze Thätigkeit zu widmen, insbesondere auch der förderlichen Entwicklung Berlins meine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dabei will ich gern an der Ueberzeugung festhalten, daß die Vertreter der Berliner Bürgerchaft ihrerseits sich auch ferner mit der weisen Besonnenheit und einmüthigen Hingebung, welche die Verwaltung ihres großen Gemeinwehns erfordert, die ihnen obliegende Wahrnehmung der communalen Interessen angelegen sein lassen werden.

Berlin, den 4. Januar 1875. Wilhelm.

○ Berlin, 8. Januar. [Zur Einberufung des Landtags.] Das Unterrichtsgesetz. — Munificenz.] Durch königliche Verordnung ist der Beginn der Landtagsession auf den 16. d. Mts. festgestellt worden. Dieser Termin hat einigermaßen überrascht, weil man allgemein den 14. d. Mts. als solchen erwartet und auch die „Prov.-Corresp.“ noch vorgestern dieses Datum genannt hatte. Allerdings war bisher der 14. für den Beginn der Session in Aussicht genommen worden, und das Staatsministerium hatte mithin auch in dem dem Kaiser vorgelegten Bericht diesen Tag als den anzuberaumenden bezeichnet. Erst in jüngster Stunde, als es sich immer mehr herausstellte, daß die Reichstags-Session doch eine längere Zeit, als erwartet worden, in Anspruch nehmen werde, ist auf Grund eines mündlichen Vortrages beim Kaiser die Verlegung des Termines vom 14. auf den 16. vorgeschlagen und genehmigt worden. Wiederholt ist schon darauf hingewiesen worden, daß dem Landtage gleich bei seinem Zusammentritt ein hinreichendes Arbeitspensum zugewiesen werden wird. Zunächst sind es der Staatshaushalt und einige der wichtigeren organisatorischen Gesetze aus dem Ministerium des Innern, die schon erwähnt worden sind. Auch aus dem Ressort des Justiz-Ministeriums ist bereits eine Zahl größerer und kleinerer Gesetze zur Vorlage bereit. Auch die Begeordnungs- und die Seuchenordnung werden wahrscheinlich zu den zunächst an den Landtag gelangenden Vorlagen gehören. Die meisten Vorlagen werden dem Abgeordnetenhaus, einige auch dem Herrenhause zugehen. — Die wichtigsten Vorlagen aus dem Bereiche des Cultus-Ministeriums unterliegen noch den Beratungen, die zwischen den einzelnen Ministerien schweben. Daß das Unterrichtsgesetz schon im Laufe dieser Session zur Vorlage gelangen werde, ist zu bezweifeln, doch werden auch ohne dieses Gesetz die Aufgaben der Session nach dieser Richtung hin sehr umfangreicher Natur sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die häufigen Sitzungen des Staatsministeriums — auch heute hat eine solche im Hotel des Auswärtigen Amtes stattgefunden — auf die Feststellung dieser Vorlagen Bezug haben. — Die zoologische Station in Neapel, welche von dem Dr. Dohren begründet worden, hat auch bei dem diesjährigen Jahreswechsel sich einer neuen und bedeutenden Munificenz zu erfreuen gehabt.

△ Berlin, 8. Jan. [Reichstag. — Bankcommission. — Stadtverordneten-Versammlung.] Die Plenarsitzung des Reichstags war heute erst zu 1 Uhr angefangen, um mehreren Commissionen noch Zeit zur Verathung zu lassen. Das Haus beschloß über zwei sehr wichtige Vorlagen, über den Consularvertrag mit Rußland und über den Gesetzentwurf, betreffend die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden. Da die große Mehrheit von vornherein annahm, daß für den in der Commission verbesserten Gesetzentwurf darüber hinaus Verbesserungen ebenso wenig, wie für den Consularvertrag mit Rußland, noch durchzusetzen seien, so fand die Verathung unter sehr geringer Aufmerksamkeit statt. — Die Fortschrittspartei hat heute den bei der Verathung über den Fall Majunke bereits vom Abg. Hoffmann (dem fortschrittlichen Vertreter für Rudolstadt) eingebrachten und von Hoyer in die berüchtigte gewordene Resolution umgewandelten Antrag auf declarirende Aenderung des streitig gewordenen Artikels 31 der Reichsverfassung von neuem als Antrag Hoffmann eingebracht. Sie hat der nationalliberalen Partei Anzeige gemacht, ohne von ihr oder einer anderen Partei die Namen zur Unterstützung zu erbitten. Wenn der Antrag nicht durch irgend einen unvorhergesehenen Umstand von der Tagesordnung verdrängt wird, ist seine Annahme zweifellos. — Die heutige Bankcommissions-Sitzung brachte neue Ueberrassungen. Die Coalition der 9 Gegner einer strengen Notencontingentirung unter Bamberger's Führung erlangte beim § 19, wo es sich um eines der drei (nach Minister Delbrück's Darstellung im Plenum) wichtigsten Principien des Gesetzes handelt, die Majorität. Bamberger und Genossen, welche für die Festschließung der Privatbanken sind und daher den seit 20 Jahren bestandenen „idyllischen Zustand“ (um mit Michaelis zu reden) der Noten aufrecht erhalten wollten, hatten beantragt, durch Streichung des § 19 Absatz 1 und andere entsprechende Aenderungen die Vorschläge der Vorlage zu beseitigen, wonach jede Bank, einschließlich der Reichsbank, verpflichtet ist, die Noten der andern Banken, so lange diese ihrer Einlösungspflicht pünktlich nachkommen, zum vollen Nennwerthe in Zahlung zu nehmen und dieselben nur zur Einlösung präsentieren oder zu Zahlungen an die ausgebende Bank verwenden darf. Ueber den Werth dieser Vorschläge läßt sich sehr streiten, aber sie bilden einen nicht zu entbehrenden Grundstein des Gebäudes unserer künftigen Bankgesetzgebung nach dem Plane, welchem sich der Bundesrath angeschlossen hat. Bei der Abstimmung über die Aufrechterhaltung der von Bamberger angegriffenen Bestimmung stimmten die clericalen Abgeordn. von Kreim und Hamm, die beim § 18 der Coalition zum Siege verholfen hatten, gegen die letztere; da aber außer v. Miller, dem Gesier der Münchener Bavaria, diesmal auch der Abg. Dickert, der fortschrittliche Vertreter Königsbergs, gegen den § stimmten, so hatte die Coalition mit 11 gegen 10 Stimmen gesiegt. Darnach ist für die erste Lesung des Gesetzes in der Commission das System der Vorlage so total durchbrochen, daß dadurch das Ende der Commissions-Arbeiten und somit das ganze Gesetz in die Ferne gerückt wird. — Ein Antrag von Parisius im § 21 die vorgeschlagene Freiheit der Reichsbank und ihrer Filial-Anstalten von Communal-, Einkommen- und Gewerbe-Steuer zu beseitigen, fiel gegen 6 Stimmen (3 Fortschritt, 2 Clericale und Laiker). — Der § 22, der in seinem ersten Absatz der Reichsbank die Verpflichtung auferlegt, „ohne Entgelt Kassengeschäfte für das Reich zu besorgen, insbesondere für Rechnung des Reiches Zahlungen anzunehmen und bis auf Höhe des Reichsguthabens zu leisten“, wurden die unterstrichenen Worte mit Billigung der Regierungsvertreter gestrichen, da Anträge von Laiker und Parisius die begrifflich nirgends festgestellte Beförderung des Reichskassengeschäftes nur „nach Maßgabe eines zu erlassenden Reichsgesetzes“ zu lassen wollten. Der § 23, der das Grundcapital der Reichsbank auf 120 Millionen Mark, getheilt in 40,000 auf Namen lautende Antheile von je 3000 Mark feststellen will, wurde unverändert angenommen; Abänderungsanträge von Minnigerode, der das Capital zur Hälfte aus Reichsmitteln herstellen, und von Dickert, der es um 30 Millionen Mark erhöhen, von Parisius, der es in 400,000 Antheile zu je 300 Mark theilen wollte, fanden in der Commission keine oder geringe Unterstützung; ein Antrag, ursprünglich von Bamberger, nachher von clericaler Seite aufgenommen, auf Theilung des Capitals in Scheine von 1000 Mark, erhält 7 Stimmen, — indem dafür alle 3 vom Fortschritt, 2 vom Centrum, der con-

servative Abgeordnete von Minnigerode und Braun stimmten. Heute Abend ist wieder Sitzung der Commission, — 2 an einem Tage, dazwischen eine Plenarsitzung, das ist wenigstens ein lobenswerther Fleiß. — Gestern hat die Einführung der neu gewählten Stadtverordneten und damit eine so stürmische Sitzung unseres Stadtverordnetencollegiums stattgefunden, wie kaum je zuvor. Der bisherige Stadtverordnetenvorsteher Kochmann hatte seine vielfach ausgesprochene Absicht, das schwierige — von einem Mann in seinem hohen Alter nicht mehr auszufüllende Amt nicht mehr annehmen zu wollen, nicht erklärt, — indem seine Freunde von der bisherigen Mehrheit ihn gegen den „Berg“ sicher durchzubringen hofften, und ihm dann überlassen wollten, demnächst das Amt niederzulegen. So wurde denn der zum „Berg“ gehörende Dr. med. Strußmann, ein um Genossenschaftswesen und Armenpflege verdienter Mann, als Begründer und Vorsteher des Vereins „gegen Verarmung und Bettelei“ und des „Asylvereins“ in weiteren Kreisen bekannt, mit 53 gegen 47 Stimmen gewählt, von denen auf Kochmann 45 fielen. Stellvertreter wurde der bisherige Stellvertreter Volzold, ein Conservativer, indem der „Berg“, der einen andern Gegner im Kaufmann Degmeier aufgestellt hatte, sich spaltete. Der neu eintretende Abg. Eugen Richter brachte eine neue Geschäftsordnung ein, indem er die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß die alte, dem Jahr 1856 entstammende Geschäftsordnung, welche alle parlamentarischen Erfahrungen der letzten 18 Jahre unbeachtet gelassen hat, nicht bloß an dem schleppenden Geschäftsgange, sondern auch an den persönlichen Reibereien die Hauptschuld trage. Obwohl er diese Geschäftsordnung als ein Friedenswerk bezeichnete, da sie besonders den Schutz der Minderheit bezwecke, so sprachen sich Mitglieder der bisherigen, jetzt zur Minderheit herabgesunkenen Mehrheit über das Unterfangen eines stadverordnetenlichen Neulings so maßlos vornehm aus, daß Richter in sehr berber Weise sie abfertigte, worüber unendlicher Tumult entstand.

[Hoffestlichkeiten.] Nach den bisherigen Bestimmungen sind für diesen Winter folgende Hoffestlichkeiten in Aussicht genommen:

Am 17. Januar: Krönungs- und Ordensfest im kgl. Schlosse; am 21.: Cour und Concert im kgl. Schlosse, am 22.: Subscriptionsball im kgl. Opernhause; am 25.: Ball und Souper bei Ihren kais. und kgl. Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin; am 28.: Ball und Souper im kgl. Schlosse; am 1. Februar: kleiner Ball bei den trugrünglichen Herrschaften; am 3.: Soiree bei Ihren kgl. Hoheiten dem Prinzen und der Prinzessin Carl; am 4.: Ball und Souper im kgl. Palais; am 8.: Ball und Souper bei Ihren kgl. Hoheiten dem Prinzen und der Prinzessin Carl; am 9.: Ball und Souper im kgl. Schlosse.

Außerdem werden stattfinden: am 24. Januar: Diner bei Sr. kgl. Hoheit dem Prinzen August von Battenberg; am 26. ein größeres Diner bei dem kais. kgl. österreichisch-ungarischen Vizeköniglichen Grafen Caroli; am 5. Februar: Ball bei dem Vizeköniglichen Grafen Caroli, Comte de Gontaut-Biron.

[Das Urtheil gegen den Fürsten Putbus.] Die „Kreuzzeitung“ erklärt: In Bezug auf unsere in Nr. 3 d. J. bezüglich des ehrengerichtlichen Spruchs über den Fürsten Putbus gebrachte Notiz sehen wir uns veranlaßt, zu bemerken, daß die Publication des freisprechenden Urtheils an den Fürsten noch gar nicht erfolgt ist. Wir können daher nur bedauern, wenn in Folge unserer Mittheilung in anderen Blättern mindestens verfrühte Auslassungen stattgefunden haben.

Kiel, 5. Jan. [Presseproceß.] Vor dem Appellationsgericht hierelbst fand heute die Verhandlung eines Proceßes wider den Redacteur der „Dannevirke“, Hiert Lorenzen in Sadersleben, statt, gegen den seitens der Staatsanwaltschaft in Flensburg Anklage erhoben war wegen Verleumdung in der „Dannevirke“ enthaltenen Artikel, welche die Kreisstadtmahlen in Nordfriesland, die Vertheilung der Schuljugend an der Sebanfeier und die Maßregeln der Regierung zu Schleswig hinsichtlich der Nordfriesländer Presse, namentlich die Landesverordnungen, beiprechen. In diesen Artikeln sollten nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Verleumdungen der betreffenden Wahlvorsteher, des Kaisers und der Schleswiger Regierung enthalten sein. Das Kreisgericht zu Flensburg hat sich jedoch dieser Ansicht der Staatsanwaltschaft nicht anschließen können, da es den Angeklagten unter Freisprechung von den übrigen ihm zur Last gelegten Vergehen nur wegen wiederholter Verleumdung der Schleswiger Regierung zu einem Monat Gefängnis verurtheilte. Sowohl von dem Angeklagten als auch von der Staatsanwaltschaft war gegen dieses Urtheil Berufung eingelegt. In der in Folge dessen heute stattgehabten Verhandlung, in der die in Frage stehenden Artikel zur Verlesung gebracht wurden, hielt die Staatsanwaltschaft die ursprüngliche Anklage aufrecht, ließ sich eingehend über die politischen Bestrebungen des Angeklagten aus und beantragte mit Rücksicht auf die vielen von demselben erlittenen Vorbestrafungen wegen Vergehen eine einjährige Gefängnisstrafe. Der Angeklagte, der persönlich erschienen war und selbst seine Vertheidigung führte, verwahrte sich auf das Entschiedenste dagegen, daß seine Handlungen den Worten der Gesetzmäßigkeit verfallen, und trug auf völlige Freisprechung an. Nach längerer Verathung publicirte der Vorsitzende des Gerichtshofes das Erkenntnis, welches auf Verurteilung des angeklagten Urtheils lautete.

Kiel, 8. Januar. [Der Kieler Hafen] ist für Dampfschiffe wieder passierbar. Der Postdampfer „Freya“ ist bereits heute früh von Korför hier eingetroffen und wird Nachmittags 2 Uhr dorthin zurückgehen.

Fulda, 5. Januar. [Dementi.] Wir hatten kürzlich aus der „Köln. Ztg.“ die Mittheilung entnommen, der Bisthumsverweser Hahne in Fulda habe ein Schreiben vom Cultusminister erhalten, in welchem dieser seine Befriedigung über das Resultat der neulichen staatlichen Revision des Fuldaer Priesterseminars ausgesprochen und die Bereitwilligkeit lobend anerkannt, mit welcher dieser den Regierungs-Commissaren entgegengekommen sei. Wie wir nun von einem gewöhnlich gut unterrichteten Correspondenten der „Hamb. N.“ belehrt werden, hat der Cultusminister nicht nur kein solches Schreiben an den Bisthumsverweser Hahne gerichtet, sondern er hat sogar in diesen Tagen die Schließung des Seminars von Fulda anordnen müssen, weil man sich dort ebenso wie in anderen Diöcesen der staatlichen Revision und Aussicht nicht unterwerfen wollte.

München, 6. Januar. [Die Anerkennung der spanischen Regierung.] Der „Wes.-Ztg.“ schreibt man: Was die Frage über die Anerkennung des jungen Monarchen von Spanien betrifft, so steht ihre Entscheidung hinsichtlich des deutschen Reichs nach der Reichsverfassung natürlich dem Kaiser zu: hier am Hofe dürfte der neue König alle Sympathien für sich haben. Bekanntlich ist die Gemahlin des bei dem Könige Ludwig persönlich sehr beliebten Prinzen Albalbert eine Cousine der vertriebenen Königin Isabella und eine Schwester von deren Gemahl Franz von Assisi, und ist also eine doppelte Verwandtschaft vorhanden. Ob von Seiten des hiesigen Hofes Ansprüche an die der Prinzessin Albalbert als spanischer Infantin zustehende Apanage und eventuell auf Nachzahlung der seit 1868 nicht mehr eingegangenen betreffenden Summen erhoben werden, wird wohl abzuwarten sein; bei dem vorläufigen Zustande der spanischen Regierungssachen würde ein solcher Anspruch für den Augenblick wohl schwerlich ein anderes Resultat haben als dies im Spätherbst 1868 eine an die damaligen Madrider Nachhaber adressirte vertrauliche Mission hatte.

Heidelberg, 5. Januar. [Christian Rapp +.] Am 31. December verstarb, wie die „N. Bad.-Ztg.“ schreibt, in Heidelberg nach schwerem Leiden der Hofrath Christian Rapp. Durch zahlreiche Schriften und durch seine politische Thätigkeit in den vierziger Jahren, war er auch in weiteren Kreisen bekannt. Er war Mitglied des bairischen Landtags und des Vorparlamentes in Frankfurt a. M. Seiner politischen Richtung nach der äußersten Linken angehörig, zog er sich jedoch im Sommer 1848 aus der politischen Arena zurück und resignirte auch auf die Lehrtätigkeit als Professor an der Universität. Er lebte zurückgezogen auf seiner Villa bei Neuenheim. (E)

Provinzial-Beitung.

Breslau, 9. Januar. Angekommen: S. Durchlaucht Krastt Prinz zu Hohenlohe-Schillingen, Generalleutenant und Divisions-Commandeur, aus Reisse. Graf Guido Bentel von Donnerzmarkt, Ober-Erb-Land-Mundschent von Schlessen und freier Standesherr, aus Schloß Neudeck. (Fremdbl.) □ [Herzog Eugen von Württemberg] ist gestern Nachmittag in Carlsruhe in Oberschlessen gestorben. Herzog Eugen, am 25. December 1820 geboren, war erbliches Mitglied des preussischen Herrenhauses und königlich preussischer General der Cavallerie. Er hinterläßt aus seiner Ehe mit Mathilde, Prinzessin von Schaumburg-Lippe, drei Kinder, einen Sohn, Herzog Eugen (am 8. Mai 1874 mit Großfürstin Wjera von Rußland vermählt) und zwei Töchter, Wilhelmine und Pauline.

-d. Breslau, 7. Januar. [Vortrag des Prof. Schlagintweit.] Auf Anregung des Gewerbe-, Architekten- und kaufmännischen Vereins hielt Herr Prof. Schlagintweit gestern Abend im großen Saale der neuen Börse einen Vortrag über die Pacific-Eisenbahn, welche derselbe 2 Mal, das 1. Mal den ersten Tag nach der Eröffnung der Bahn im J. 1869, bereits hat. Unter Pacific-Eisenbahn versteht man, wie Redner beginnt, die Schienenverbindung, die zur Zeit in Nordamerika zwischen der Küste des atlantischen Oceans und des stillen Meeres bestehe, also eine Eisenbahn, die vom Osten oder New-York mitten durch die vereinigten Staaten von Nordamerika in westlicher Richtung nach St. Francisco führt. Die ganze Strecke welche 3306 englische, oder 717 deutsche geographische Meilen zähle, könne in 7 Tagen und 7 Nächten mit dem Schnellzuge bereist werden. Der Preis für diese Beförderung sei 190 Thlr., für Auswanderer kaum mehr als 100 Thlr. incl. Verpflegung, Benutzung des Schlafwagens u. s. w. Die Leitung und Controlle der Bahn sei in Händen eines Privatmannes, nämlich eines Engländer.

zeit, die Bahn liege den Händen einer Gesellschaft. Mit einer Schnelligkeit, die unübertroffen dastehe, sei der Bau der Bahn gefördert worden. Welche Schwierigkeiten man zu überwinden gehabt habe, gehe daraus hervor, daß auf einer Entfernung von 279 deutsche Meilen keine Spur von einer Stadt oder Niederlassung von Weißen anzutreffen war. Ohne die thätige Beihilfe der Mormonen wäre die Bahn-Vollendung mit ungleich größeren Schwierigkeiten verknüpft gewesen. Ueberall in Nordamerika hatten, als der Bau sich seiner Vollendung näherte, grobartige Festlichkeiten stattgefunden. Einen der erhebensiten Momente bildete die Legung der letzten Schiene, welche die Union- mit der Central-Pacific-Eisenbahn vereinigte. Die Schiene war mit silbernen Beschlagen und goldenen Nägeln versehen. Innerhalb 6 Jahren sei der Bau vollendet worden, der auch dann noch ein Wunderwerk zu nennen wäre, wenn er 16 Jahre gedauert hätte. Ausgehend von Omaha, 200 deutsche Meilen westlich von New-York, schilberte Redner, nachdem er die Entstehung dieser Stadt und ihre Eigenthümlichkeiten erzählt, daß die Eisenbahn, welche die beiden Ozeane verbinde, die Welt

des Terrains, welches die Bahn nachträglich durchschneidet, ist fruchtbares Ackerland. Meilenweit gehe die Bahnstrecke in gerader Linie, so daß man das große Licht vorn an der Locomotive auf 12 englische Meilen in stiller Nacht leuchten sehe. In der Nacht ertönen bismeißen plötzlich weithin hörbare Signale, um das auf dem Waghörper sich tummelnde Vieh zu verschrecken. Wenn dies nichts nützt, steigen Bahnbeamte und neugierigere Passagiere aus, um das Vieh mit Stöcken event. mit Revolvergeschüssen zu vertreiben. Verabungen Seitens anwohnender Weifen seien leider schon 3 Mal vorgekommen, welche weniger den Passagieren als dem dem Zuge angehängten Postwagen galten. Weiterhin führt die Bahn durch allmählig ansteigende Prairien. Die Schnelligkeit der Züge sei keine größere, eher geringere als auf deutschen Bahnen, die Beförderung des Passagierverkehrs eine weit rationellere als bei uns. In den anliegenden Ortschaften herrsche noch immer die Lynchjustiz. In Schulsburg liegt ein einziger dastehender Friedhof. Auf demselben befinden sich 74 Gräber unter dortigen 2300 Einwohnern.

denken nur Menschen schlummeren, die eines natürlichen Todes gestorben sind. Die anderen sind bei Kaufereien gelincht oder haben sich selbst gemordet. Man sagt von Letzteren, sie seien nicht in ihrem Bett, sondern in ihren Stiefeln gestorben. Die klimatischen Verhältnisse in den Prairien sind während, erfrischend und den Menschen zuträglich. Unangenehm sei der Eintritt des Winters, zu welcher Zeit Schneestürme wüthen. Die Bahn habe vorläufig die Einformigkeit der Prairie noch erhöht, da sie das Prairiewild aus der Nähe verdrängt hat. Wenn der Zufall günstig ist, sieht man noch große Büffelheerden auf ihren Wanderungen begriffen. In wenig Jahrzehnten wird auch der Büffel ausgerottet sein, wenn nicht der Congreß zu seinem Schutz Maßregeln ergreift. Die Flora dieser Gegend sei eine großblättrige und großblumige. Der höchste Punkt, auf dem sich zur Zeit eine Eisenbahnstation befindet, sei Sherman, 8235 F. über der Meeresfläche. Von Omaha bis Sherman, eine Strecke von 119 engl. Meilen, sei kein einziger Tunnel, die Natur selbst habe der Bahn den Weg vorgezeichnet. Auch im Thale der Missouri sind die Eisenbahnen in der That vorgezeichnet.

Die Gegend ist nicht erloschen. Es finden sich Schlangen, Varen, Hirsche, wilde Schafe. Das zur Speisung der Locomotive erforderliche Wasser werde durch technische Vorrichtungen (eine Art Windmühlen) aus Reservoirs gepumpt. — Nach einer Pause von 10 Minuten fährt Redner fort: Westlich von Sherman beginne eine 80 Meilen lange förmliche Wüste. Der Gedanke an einen Zusammenstoß der Züge mache hier einen besonders anglichen Eindruck, da man sich ohne Hilfe sieht. Bei einem Zusammenstoß telegraphiren die Wagen, wie die Amerikaner sagen. Die Viaducte überraschen durch die Kühnheit der Construction, aus Holz gefertigt; Jahrzehnte werden noch vergehen, ehe sie durch steinerner ersetzt werden. Hinter dieser Wüste wird die Gegend freundlicher, die Bevölkerung besteht meist aus Mormonen. Daran schließt sich das gebirgige und unfruchtbare Nevada-gebiet. Hier befinden sich noch gegen 300,000 Indianer, deren eigenthümliche Gebräuche Redner eingehend schilderte. Die Indianer geben ihrer Vernichtung entgegen.

Daran tragen sie selbst die Schuld, denn sie haben eine Abneigung gegen alle Civilisation, einen Abscheu gegen jedwede Arbeit. Die Noth mache sie zu Räubern und Mördern und nicht zu ehrlichen, thätigen Arbeitern. Nevada ist das Silberland der Vereinigten Staaten, es producirt das an Silber, was Californien an Gold. Auf der Weiterreise nach Californien gelangte man in die Sierra Nevada, ein Gebirge, welches zu den schönsten Gebirgen der Welt zählt. Bald überschreite man auf luftigen Brücken schäumende Bäche, bald auf elastisch zusammengefügtten Gerüsten tiefe Abgründe, bald fahre man durch Tunneln, dann wieder begrüße einen das laute Rauschen eines Wasserfalles, bald gewahre man unter sich die Fluthen des Donners. Durch die Schnee- und Lavinendächer, welche zur Zeit eine Gesamtlänge von beinahe 7 deutschen Meilen haben, ferner durch die gewaltigen Einschnitte, sowie durch 15 Tunneln auf dieser Strecke werde die Aussicht in die Großartigkeit der Natur oft verbunden. Wir kommen dann in die nördlichen Thäler und fruchtbarren Gefilde Californiens und erreichen Sacramento.

cento. Nach 3 Meilen weiterer Fahrt gelangt man nach St. Franz. Mit seinen bereits 150,000 Einwohnern, darunter beinahe 31,000 Deutsche. Die Bahn hat in ihrer ganzen Ausdehnung nur ein Geleis, von Telegraphenbräden begleitet. Die Stationen liegen näher an einander, als wir glauben. Nur einmal liegt eine Station von der anderen in einer Entfernung von $4\frac{1}{2}$ deutschen Meilen. Der durchschnittliche Abstand der Stationen betrage in der Regel $1\frac{1}{2}$ deutsche Meilen. — Lauter Beifall wurde dem Redner am Schluß seines Vortrages zu Theil.

Die Ernte zu holen. Es wurden bei den nun folgenden Untersuchungen nicht weniger als sechzehn Personen ermittelt, die sich an den wiederholten Diebstählen, die meist vorher verabredet worden und von mehreren gemeinsam ausgeführt waren, beteiligt hatten. Alle diese Personen waren heute vor der Criminaldeputation des Kreisgerichts erschienen, räumten die Diebstähle buched ein und führten an, daß sie mit ihrem Einkommen nicht zu leben könnten, und deshalb zu derartigen Vernehrung ihrer Einkünfte gezwungen würden. Es gewann den Anschein, als ob derartige Erntediebstähle bei den Beteiligten auf der Tagesordnung stünden, und ihnen, wenn es gleich nicht als erlaubt, so doch als ganz natürlich gelten. Der Staats-Anwalt hob die Gemeingefährlichkeit derselben hervor und beantragte daher 14 Tage oder 1 Woche Gefängnis, je nach der Zahl der den einzelnen Angeklagten bewiesenen Diebstähle. Das Gericht verurtheilte die Diebe und Diebinnen zu je 10 oder 5 Tagen, eine Helferin zu 3 Tagen Gefängnis.

Leobenurg. 7. Januar. [Handwerker-Fortbildungsschule.
schule, zu deren Gründung der verstorbene Commerzienrath und Landtags-
Abgeordnete N. Reichenheim mit anerkennenswerther Liberalität die nöthi-
gen Geldmittel gewährte und welche durch fortgesetzte namhafte Gөлbeschenke
desselben, sowie durch die Munificenz anderer Gönner bis zum heutigen Tage

unterhalten worden ist, besteht jetzt seit sieben Jahren. Innerhalb dieser Zeit haben nicht nur das Curatorium und die Lehrer der Anstalt, sondern auch die Lehrmeister wiederholt Gelegenheit gehabt, sich von der Nothwendigkeit des Wiederholungs- und Fortbildungs-Unterrichts für Handwerkerlehrlinge, wie davon zu überzeugen, daß diese Schulen um so eher das ihnen gesteckte Ziel erreichen werden, wenn der Unterricht in denselben obligatorisch gemacht wird. Daß letzteres möglich ist, weisen statistische Nachrichten aus den Regierungen = Bezirken Rügen und Poppel nach. In Anbetracht dieser Umstände hat das Curatorium der hiesigen Handwerker = Fortbildungsschule den Magistrat ersucht, 1) geeignete Schritte zu thun, durch welche alle Lehrlinge zum obligatorischen Besuch der Schule angehalten werden; 2) dahin wirken zu wollen, daß die Stadtverordneten zur Unterhaltung der Anstalt eine jährliche Subvention bewilligen. Dieses ist um so erwünschter, als sich das Curatorium veranlaßt gefühlt hat, mit dem Beginn des neuen Schuljahres den bereits bestehenden zwei Klassen eine dritte hinzuzufügen, um die gleichartigen Kräfte mehr zu concentriren und dadurch den Unterricht erprießlicher zu machen. — In der nächsten Sonnabend stattfindenden Gemeindevorversammlung wird der Wanderlehrer Keller einen Vortrag über Zwecke und Ziele der Bildungsvereine halten. Montag den 11. d. M. erscheint um der Prof. v. Schlagintweit durch eine Schilderung des von ihm besiegten Himalaya. — Der altkatholische Pfarrer Strußberg taufte vor einigen Tagen in der evang. Kirche zu Gottesberg den Sohn eines Verghauers.

© Bobten, 8. Jan. [Feller. — Neujahrsumgang. Semmel.]
 Gestern Abend gegen 7 Uhr brannte die große Scheiter des Mühlenbesizers
 Gfeller (Schiefhalsmühle) total nieder. Glücklicherweise befand sich in der-
 selben nur Stroh, da das Getreide bereits vor längerer Zeit mit der Dampf-
 Dreschmaschine ausgedroschen worden ist. Günstige Windrichtung sowie der
 auf dem Dache des Nachbargebäudes lagende Schnee verhinderten
 das Weitergreifen des Feuers; dessen Entstehung noch unbekannt ist.
 — Bei dem gegenwärtig hier stattfindenden Neujahrsumgange
 werden durch den Geistlichen zwar Besuche bei Familien, die in
 gemischten Ehen leben, gemacht, dagegen Staats- und Militärpolizei damit
 nicht beehrt. — Ein hiesiger Väter bacht seit Neujahr fünftheilige Semmel
 (5 Kerbe) für 10 neue Pfennige, der Kern zu 2 neuen Pfennigen, was allent-
 halben Anschlag findet. — Durch die hiesige Kammerei-Kasse und den Vor-
 schuß-Verein ist durch massenhafte Ausgabe von neuen 1- und 2-Pfennig-
 stücken der Mangel an Kupfergeld gehoben; die alten 2- und 4-Pfennigstücke
 dagegen werden mit besonderer Vorliebe den Knebelbruteln einverleibt.

Berlin, 8. Jan. Das heutige Geschäft charakterisirte sich als durchaus tendenzlos, Angebot und Nachfrage traten gleich schwach auf und die Course blieben fast durchgehend auf dem gestrigen Niveau oder unterlagen doch nur ganz geringfügigen Schwankungen. Im Allgemeinen neigten sich die Coursebewegungen nach aufwärts, und gingen in dieser Richtung namentlich die Speculationspapiere voran. Unsere Börse stützte sich hierbei auf die von auswärtig einfließenden Coursebefehle, die von allen Orten her seit und ermunternd lauteten. Diese günstige Wendung an den europäischen Börsenplätzen zeigt sich als Folge der gelrigen Discontermäßigung in London, und wenn man hier auch einer steigenden Bewegung an den andern Plätzen keineswegs entgegen ist, so sieht man doch in jener Ermäßigung noch nicht einen Grund, sofort die Haufe auch hier in ausschlaggebender Weise zu unterstützen. Es dürfte dies erst eintreten, wenn auch die Preussische Bank die Disconfsätze billiger gestellt haben wird. Durch eine solche Maßregel

würde die Bantleilung unwiderleglich zeigen, daß sie nun auch für unseren Geldmarkt eine bessere Zukunft nahen sieht, und durch dieses Zeugniß wieder die den drückenden Alp von der Börse, von der gesammten Handels- und Industriewelt nehmen. Die internationalen Speculationspapiere nahmen Anfangs einen Anlauf nach oben und belebte sich hierbei auch der Verkehr. Die Spannkraft der Speculation reichte aber nicht aus, um bis zum Schluß die steigende Bewegung verfolgen zu können; theils ermattete die Unternehmungslust, theils aber waren auch Realisationsverkäufe die Veranlassung, daß in der zweiten Hälfte der Börse die Course die erst gewonnenen Vancen wieder einbüßten. Die localen Speculationseffecten blieben eher vernachlässigt. Discount-Commandit war ziemlich fest und zog der Cours bei sehr schwachem Geschäft in Folge von Deductionskaufen an, 169,50, ult. 168—75, ult. bis 9,25, Dortmund-Union mehrfach hin- und her schwankend, 31,25, ult. 30,75—31,75, Laurahütte ziemlich fest bei ganz belanglosem Verkehr, 131,50, ultimo 130,85—132—131,50. Oesterreichische Nebenbahnen trugen einen

festen Charakter und zeichneten sich dadurch namentlich Salziger und Oester. Nordwestbahn aus, andere Devisen blieben meist geschäftlos. Auswärtige Staatsanleihen wurden mäsig umgekehrt, nur in 1860er Loosen fand ein sehr belebter Verkehr zu steigendem Course statt. Oesterreichische Rente fest und ruhig. Italiener zu geltriger Notiz fest, Türken dagegen matt. Amerikaner still. Von Russischen Werthen waren Rfd. Sterk.-Anleihen gefragt, auch Bodencredit und Centralbodencredit regte. Preussische und andere deutsche Staatspapiere fest und lebhaft, namentlich waren alle Loos- und Prämien-Anleihen äußerst beliebt. Der Umfang der Umsätze blieb nur durch das in unzureichender Menge zur Disposition stehende Material beschränkt. Die Stimmung im Prioritäten-Geschäfte hat sich nicht verschlechtert, aber der Verkehr hat an Ausdehnung verloren. Einheimische Devisen zeigten sich sogar still. Es notiren Sproc. Staatsbahn 97,75, Breslau-Freiburger J. 98,25, Potsdamer F. 99,25, Magdeburg-Leipziger F. 99, Oesterreichische Staatsbahn (alte Sproc.) beliebt und ebenjo die garantirten

Russischen Prioritäten. Auf dem Eisenbahnactienmarke war die Stimmung weniger fest, für Rheinische und Köln-Mindener zeigte sich ein Angebot von einem geringen Umfange. Bergische fest und unverändert. Anhalter niedriger, Oberschl. desgl., auch sämtliche leichte Bahnen eher matt. Halle-Sorau, Märkisch-Posener Görlitz und Nahebahn nachgebend. Vantactien fest, aber still. Centralbank für Industrie besser, desgl. Vaulen, Spielhagen, Braunschweiger Bank Hannover, Hübner, Meiningen, Goth. Grundcred., Norddeutsche Grundcred. Englische Wechselbank. Industrieactien ohne belangreichen Verkehr, Königsstädterbauverein zwar niedriger, aber belebt, Deutsche Eisenbahnbau sehr fest. Montanwerthe matt und weichend. — Um 2½ Uhr: Credit 414, 50, Lomb. 226, 50, Franz. 543, Disc. Comm. 168, 75, Dortm. Union 31, Laura 31½ (Bank- u. H.-S.).

Lieferung behauptete sich besser, da die Zufuhr von Waare sehr gering bleibt.
 Roggenmehl still. — Weizen matt und ohne Leben. — Hafer loco reich-
 lich, Termine gut behauptet. — Kübbel bei sehr geringem Umlauf ohne Ver-
 änderung. — Spiritus bei unzureichender Kauflust etwas billiger zu haben.
 Weizen loco 165—210 Rthm. pro 1000 Kilogr. nach Qualitts gefor-
 dert, pr. Januar-Februar — Rthm. bez., pr. April-Mai 189 $\frac{1}{2}$ —189 Rthm.
 bez., pr. Mai-Juni 190 $\frac{1}{2}$ —190 Rthm. bez., pr. Juni-Juli 192 $\frac{1}{2}$ —191 $\frac{1}{2}$
 Rthm. bez., pr. November-December — Rthm. bez. — Getreide — Estr-
 Knbungspreis — Rthm. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 153—171
 Rthm. nach Qualitt gefordert, russischer 154 $\frac{1}{2}$ —157 $\frac{1}{2}$ Rthm. bez., gerin-
 ger russischer — Rthm. bez., inlndischer 162—168 Rthm. ab Bahn bez.,
 geringer inlndischer — Rthm. bez., pr. Januar 155 $\frac{1}{2}$ —156 Rthm. bez.,
 pr. Januar-Februar 153 $\frac{1}{2}$ —154 $\frac{1}{2}$ Rthm. bez., pr. Frhjahr 150 $\frac{1}{2}$ —150
 Rthm. bez., pr. Mai-Juni 148 Rthm. bez., pr. Juni-Juli 147 Rthm. bez.,
 pr. November-December — Rthm. bez. — Getreide — Estr. Knbungs-

Preis — Rñmt. — Beste loco 150—192 Rñmt. nach Qualität gefordert
— Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 162—192 Rñmt. nach Qualität gefordert
böhmischer — Rñmt. bez., ostpreussischer 168—182 Rñmt. bez., westpreussischer
168—182 Rñmt. bez., neuer russischer 165—181 Rñmt. bez., schlesischer
Rñmt. bez., ungarischer und galizischer 163—176 Rñmt. bez., pommerscher
180—190 Rñmt. ab Bahn bez., medlenburger 180—190 Rñmt. ab Bahn
bez., pr. Januar — Rñmt. bez., pr. Januar-Februar — Rñmt. bez., per
Frühjahr 173½ Rñmt. bez., pr. Mai-Juni 170 Rñmt. bez., pr. Juni-Juli
168½ Rñmt. bez. Gefinnigt 1000 Ctr. Rindungspreis 175 Rñmt.
— Erbsen: Kochwaare 192—234 Rñmt. bez., Futterwaare 177—192 Rñmt.
bez. — Weizenmehl Nr. 0 pro 100 Kilo Br. unversauert incl. Sad 23,25
— 27 Rñmt., Nr. 0 und 1 25,25—24,50 Rñmt. — Roggenmehl Nr. 0:
25,25—24,50 Rñmt., Nr. 0 und 1 23—22,25 Rñmt. bez. — Roggenmehl
Nr. 0 und 1: pr. Januar 22,70 Rñmt. bez., pr. Januar-Februar 22,60
Rñmt. bez., pr. Februar-März 22,30 Rñmt. bez., pr. März-April — Rñmt.

bez., pr. April-Mai 22,05 Rñmł. bez., pr. Mai-Juni 22 Rñmł. bez., per
Juni-Juli 21,90 Rñmł. bez. — Gefündigt — Eutr. Kündigungspreis —
Rñmł. — Delftaaten: Raps — Rñmł., Rübsen — Rñmł. nach Qualität
— Rñböl per 100 Kilo netto loco 54 Rñmł. bez., pr. Januar 54,5 Rñmł.
bez., pr. Januar-Februar — Rñmł. bez., per April-Mai 56,5 Rñmł. bez.,
pr. Mai-Juni 57,2 Rñmł. bez., Juni-Juli — Rñmł. bez., pr. September-
October 60 Rñmł. bez. Gefündigt — Eutr. Kündigungspreis — Rñmł.
— Keinöl loco 60 Rñmł. bez. — Betroleum per 100 Kilo. incl. Faß loco
29 Rñmł. bez., pr. Januar 26,5 Rñmł. bez., pr. Januar-Februar 25,5
Rñmł. bez., pr. Februar-März 24,5 Rñmł. bez., pr. März-April — Rñmł.
bez., pr. April-Mai — Rñmł. bez., pr. September-October 25 Rñmł. bez.
Gefündigt — Barrels. Kündigungspreis — Rñmł.
Spiritus pr. 10,000 Liter loco „ohne Faß“ 54,5 Rñmł. bez., „mit

Fäß^{er} pr. Januar 55,5—55,3—55,4 Rdmfl. bez., pr. Januar-Februar — Rdmfl. bez., pr. Februar-März — Rdmfl. bez., pr. April-Mai 57,5—57,2—57,3 Rdmfl. bez., pr. Mai-Juni 57,6—57,4—57,6 Rdmfl. bez., pr. Juni-Juli 58,8—58,6—58,7 Rdmfl. bez., pr. Juli-August 59,8—59,7 Rdmfl. bez., pr. August-September 60,2—60—60,1 Rdmfl. bez., pr. September-October — Rdmfl. bez. — Gefündiat 20,000 Liter. Kündigungspreis 55,4 Rdmfl.

Berlin, 7. Januar. Versicherungs-Gesellschaften.
(Der Cours versteht sich pr. Stück franco Zinsen.)

Name der Gesellschaft.	Div. pr. 1873.	Div. pr. 1874.	Appoints a	Eingehung.	Cours.
Nachen-Münchener Feuer-Vers.-G.	51	—	1000 Th	20%	7800 G. incl.
Nachener Rückversich.-Ges.	42 1/2	—	400 "	"	1638 G.
Allg. Eisen-Vers.-Ges. zu Berlin	23	—	1000 "	"	1330 G.
Vers. Land- u. Wassertransp.-V.-G.	25	—	500 "	"	—
Vers. Feuer-Versich.-Anstalt	22	—	1000 "	"	1000 G.
Vers. Hagel-Assecuranz-Ges.	0	—	1000 "	"	415 G.
Vers. Lebens-Versich.-Ges.	23 3/4	—	1000 "	"	1935 G.
Colonia, Feuer-Versich.-G. zu Köln	55	—	1000 "	"	5496 G.
Concordia, Lebens-V.-G. zu Köln	15 1/2	—	1000 "	"	1955 G.
Deutsche Feuer-V.-G. zu Berlin	1	—	1000 "	"	570 G.
Deutsche Transport-Versich.-Ges.	5	—	1000 "	"	400 G.
Dresdener allg. Transport-V.-Ges.	35	—	1000 "	10%	810 G.
Düsseldorfer allg. Transport-V.-G.	36	—	1000 "	"	1050 G.
Elberfelder Feuer-Versich.-Ges. . .	37 1/2	—	1000 "	20%	2400 G.
Fortuna, allg. V.-Act.-G. zu Berlin	6	—	1000 "	"	830 G.
Germania, Lebens-V.-G. zu Stettin	10	—	500 "	"	367 bz. G.
Glabbacher Feuer-Versich.-Ges.	12 1/2	—	1000 "	"	1122 Th.
Kölnische Hagel-Versich.-Ges.	0	—	500 "	"	319 G.
Kölnische Rückversich.-Ges.	12	—	500 "	"	348 G.
Leipziger Feuer-Versich.-Ges.	96	—	1000 "	"	5970 G. incl.
Magdeburger Allg. Versich.-Ges. . .	7	—	100 "	voll	300 bz. G.
Magdeburger Feuer-Versich.-Ges. . .	45	—	1000 "	20%	2280 Th.
Magdeburger Hagel-Versich.-Ges. . .	0	—	500 "	"	216 G.
Magdeburger Lebens-Versich.-Ges.	4 1/2	—	500 "	"	375 G.
Magdeburger Rückversich.-Ges.	12 1/2	—	100 "	voll	515 G.
„Nationale“ Lebens-Versich.-Ges. zu Berlin (6% Oblig.)	6	—	200 "	"	100 G.
Mecklenb. Leb.-Versich.-u. Sparbank	7	—	200 "	"	—
Niebrerr. Güter-Assec.-G. zu Wesel	40	—	500 "	10%	—
Nordstern, Lebens-V.-G. zu Berlin	6 1/2	—	1000 "	20%	585 G.
Preuß. Hagel-Versich.-Ges.	0	—	500 "	"	—
Preuß. Lebens-Versich.-Ges.	7	—	500 "	"	295 G.
Preuß. National-V.-G. zu Stettin	25	—	400 "	25%	657 bez.
Providentia, V.-G. zu Frankfurt a. M.	12	—	1000 Th	10%	—
Rheinisch-Westfälischer Lloyd . . .	14	—	1000 Th	"	—
Rheinisch-Westfäl. Rückversich.-Ges.	10	—	500 "	"	186 Th.
Sächsische Rückversich.-Ges.	40	—	500 "	5%	182 G.
Schlesische Feuer-Versich.-Ges.	18	—	500 Th	20%	555 Th.
Thuringia, Versich.-G. zu Erfurt	0	—	1000 Th	"	303 G.
Union, allg. deutsche Hagel-Versich.- Ges. in Weimar	5	—	500 "	"	314 G. incl.

□ [Oberschleifische Eisenbahn.] Unsere gestrige Mittheilung über die Emission der neuen Stamm-Actien Lit. E. ist dahin zu vervollständigen, daß 4,202,000 Thlr. neue Actien ausgegeben werden, welche für 1875 5 pCt. Zinsen genießen. Die Einzahlungstermine sind auf den 15. Febr. und 15 April d. J. festgesetzt.

[Ueber die Strikes in England] schreibt man der „R. Z.“ aus London, 4. Januar: Das neue Jahr hat mit einem Schreckschusse begonnen. Nicht weniger als 100,000 Kohlen- und Eisenarbeiter sollten — den Berichten nach — auf einmal die Arbeit eingestellt haben, um ihre Brodgeber zu zwingen, die angedrohte weitere Reduktion von zehn Procent in den Lohnbeträgen zurückzunehmen. Die Situation schien einen Augenblick gefährdend. Aber heute schon haben wir die Gelegenheit, daß Beginn und Ende des Strikes nur wenige Tage auseinanderliegen werden und daß der Schluß dieser Woche die meisten der Streikenden wieder bei der Arbeit finden dürfte. Was den jetzigen Strike im Gegenfah zu den langdauernden von 1873 so kurzlebig macht, ist unschwer einzusehen. Zunächst der Zerfall der Arbeiter-Union; er begann kurz nach Beendigung des Monstre-Strikes von 1873, als Jedermann glaubte, die Union habe ihren Zweck erfüllt und es werde den Grubenbesitzern fürderhin nicht mehr einfallen, sich den Forderungen der Arbeiter entgegenzusetzen. Als die Führer der Union vor die erste ge-

Arbeiter entgegenzunehmen. Als die Juxtor der Union gar die erste in Süd-Wales proponirte Kohnreduction im Hinblick auf die schlimmen Geschäftsconjunctionen gut hießen, verlor der Verein sein früheres Prestige; und als auch die zweite Reduction von 10 Procent seine Zustimmung fand, mehrten sich die Austritte massenhaft, so daß die stolze Verbindung, die vor zwei Jahren über 100,000 Mitglieder zählte, jetzt kaum noch über 1000 gebietet. Auf der anderen Seite haben sich die Grubenbesitzer, gewigigt durch die Vorgänge von 1873, zu einer streng organisirten Association geneigt; sie repräsentirt von den 13 Millionen Tonnen Kohlen, welche der District producirt, volle 12 Millionen und umfaßt außerdem die herborragendsten Eisenproducenten des Landes. Letzterer Umstand trägt zumeist dazu bei, die Knebelung der widerspenstigen Arbeiter vollständig zu machen und einem Strike bald das Lebenslicht auszublafen. Im Jahre 1873 schöpfte die Arbeitseinstellung einen Theil ihrer Lebenskraft aus der Uebnahme der Kohlenarbeiter durch die Eisenetablissemens. Die Coalowners' Association macht dies unmöglich, und

wer an den Grund seine Arbeit einstellt, wird nicht leicht einen neuen Arbeitgeber finden. Rechnet man dazu die Tatsache, daß der Unterstützungsfonds des Arbeitervereins nicht über 5000 Pfd. St. beträgt, so ist die Schnelligkeit, mit der sich die Strikenden eines Jeffers bemannen, leicht begreiflich. Im Uebrigen wird dieser Vorgang eine äußerst heilsame Wirkung auf die Arbeiterklassen im Norden Englands ausüben, welche sich dem Wechselverhältnisse zwischen ihren Löhnen und dem Profit ihrer Herren nicht fügen wollen.

♣ **Dreslau**, 9. Jan., 9¼ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen sehr fest, bei sehr schwachen Zufuhren, Preise preisfallend.

Weizen nur seine Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. schleißiger weißer 17—19 bis 20 Mark, gelber 15,75 — 17,80 — 18,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in sehr fehr Haltung, per 100 Kilogr. 15,20 bis 15,70—16,50

Gerste, seine Qualitäten gut beachtet, per 100 Kilogr. 15—16 Mark,
 weisse 16,25—17 Mark.
 Hafer war mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,75—16,75—17,75 Mark,
 feinsten über Notiz.
 Mais unverändert, per 100 Kilogr. 14,50—15 Mark.
 Erbsen offerirt, per 100 Kilogr. 18—19—21 Mark.
 Bohnen ziemlich preisbaltend, per 100 Kilogr. 21—21,75—22,50 Mark.
 Lupinen etwas matter, pr. 100 Kilogr. gelbe 14—15,25 Mark, blaue
 13,50—15 Mark.
 Wicken vernachlässigt, per 100 Kilogr. 15—16—17,50 Mark.
 Delsaaten gut behauptet.
 Schlaglein in fester Haltung.
 Per 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.
 Schaa-Feinlaat 22 50 24 75 26 50

Winterraps	23 25	24 25	25 25
Winterrüben	22 50	23 50	24 50
Sommerrüben	22 50	23 75	24 25
Leindotter	21 75	22 25	23 25

Rapsfuchen ziemlich preishaltend, pr. 50 Kilogr. 8—8,20 Mark.
 Leinfuchen gut behauptet, pr. 50 Kilogr. 10,80—11 Mark.
 Kleesamen unverändert, rother röhiger, pr. 50 Kilogr. 44—48—51 Mark., weißer hoch gehalten, pr. 50 Kilogr. 54—57—66 Mark, hochfeiner über Notiz.
 Thymothee gute Kauflust, pr. 50 Kilogr. 28—31,50—35 Mark.
 Wehl war mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 27,50—28 Mark, Roggen fein 26,50—27,50 Mark, Hausbuden 25—25,50 Mark, Roggen=Zuttermehl 13—13,50 Mark, Weizenkleie 10,25—10,50 Mark.

Rio de Janeiro, 7. Januar. [Kaffeemarkt.] Verkäufe in letzter

Woche 30,000 Sacl, durchschnittliche Tageszufuhr 11,900 Sacl, Abladungen nach dem Kanal und dem nördlichen Europa 4000 Sacl, nach Nordamerika 7000 Sacl. Vorrath in Rio de Janeiro 200,000 Sacl, in Santos 48,000 Sacl. Preis 6100 Reis. Cours auf London $26\frac{1}{2}$ a $26\frac{3}{4}$.

Die einzelnen Winde zeigt die folgende Windrose:

	13	3	5
West	24	+	10
	11	7	20

Nr.	Name der Anstalt.	Bestand Anfang Dechr.	Abgang	Abgang	Bestand Ende Dechr.
-----	-------------------	-----------------------------	--------	--------	---------------------------

Der Zugang im December beträgt demnach weniger 86 Personen
und der Bestand Ende des Monats hat sich im letzteren um 3
erhöht.

Januar 8. 9.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Lufldruck bei 0°.....	336 ^{'''} 26	334 ^{'''} 93	334 ^{'''} 09
Luftwärme	— 5°7	— 8°5	— 3°7
Dampfdruck	1 ^{'''} 05	0 ^{'''} 82	1 ^{'''} 29
Dampfättigung	90 pCt.	92 pCt.	91 pCt.
Wind	ED. 2	ED. 1	W. 1
Wetter	heiter.	trübe.	trübe.

RESEARCH

Hannover 8. Januar Abends. Die äußerst zahlreiche Ber-

Paris, 8. Januar. Das „Journal officiel“ enthält den Bericht des Finanzministers. In demselben heißt es: Die durch den Krieg von 1870 erwachsenen Lasten und Ausgaben weisen einen Betrag von im Ganzen 9886 Millionen auf; hierdurch sei eine Steigerung der etatsmäßigen Ausgaben von 775 Millionen verursacht worden, welche die bürgerliche

32 Millionen betrug. Pro 1875 betrug das Deficit eigentlich 64 Millionen, jedoch wurde es durch eine 40 Millionen betragende Verminderung der an die Bank zu leistenden Zahlungen auf 24 Millionen in Wirklichkeit herabgesetzt. Das Budget für das Jahr 1876 stellt sich dem Bericht zufolge auf 2616 Millionen Ausgaben und 2528 Millionen Einnahmen, ergibt somit ein Deficit von 88 Millionen. —

namentlich den Weinhandel und die Abstellung der Mißbräuche in
Betreff der Alkoholisierung der Weine, ferner den Betrieb der Brannt-
weinbrennereien, der Zuckerraffinerien und der Brauereien. (Weiter-
Ausführung der im „Morgenbl.“ mitgetheilten Depesche.)

Paris, 9. Januar. Morgens. Die „Agence Havas“ erfährt die Basis des neuen Cabinets sei gewonnen; sie bestätigt den Eintritt Broglie's, Decazes und Fourtou's. Die übrigen Mitglieder sind noch

282 Stimmen abgelehnt. Die Petitionen wurden trotz des Widerspruchs Gambetta's an den Arbeitsminister zur Berücksichtigung überwiesen. Der Minister acceptirte den Beschluß ohne Vorbehalt. Die Versammlung vertagte die Sitzung bis Montag.

London dem letzteren mitgeteilt, daß ihm heute Morgen seitens des englischen Staats-Secretärs für das Auswärtige der Abschluß eines Abkommens über den projectirten Bau eines Tunnels durch den Kanal zur Verbindung von Frankreich und England vorgegangen sei. Nach diesem Abkommen werde die Bildung einer Gesellschaft mit eineren

Newyork, 8. Jan. Der Clerus von Arkansas hat eine Erklärung veröffentlicht, in der derselbe bestreitet, daß der von General Sheridan behauptete Terrorismus in den Südstaaten existire. — Der Gouverneur von Missouri hat sich gegen jede Intervention der Bundesregierung in Louisiana ausgesprochen.

Yarcy (Legitimist) und Dufaure (linkes Centrum) als Vertreter der neuen Majorität zu sich berief, um mit ihnen über die Neubildung des Cabinets zu berathschlagen. Mac Mahon will die Demission des Cabinets nur dann annehmen, wenn die neue Majorität der Kammer sich über ein politisches Programm zu einigen vermag. Broglie schlug es ab, an der Bildung des Cabinets theilzunehmen.

Telegraphische Courte und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr. Bureau)

*) per medio resp. per ultimo.
 Oesterreichische Credit-Actien lebhaft, Franzosen vernachlässigt, Bahnen
 fest, Anlagewerthe beliebt, Loosepapiere steigend, besonders 1860er Loose.
 Nach Schluß der Börse: Creditactien 207%, Franzosen 271%, Com-

Rente 131. Commerzbank 82½. do. 1. Emij. —. Norddeutsche Bank 143.
 Provinzial-Disconto-Bank —. Anglo-Deutsche Bank 47. do. neue —.
 Dänische Landmannbank —. Dortmunder Union —. Wiener Union-
 Bank —. 64er Russ. Präm-Anleihe —. 66er Russ. Prämien-Anleihe —.
 Amerikaner de 1882 93. Köln-M.-St.-Actien 121. Iberoische Eisenbahn-
 Stamm-Actien 128. Berg.-Märk. Stamm-Actien 86. Disconto 4¼ pCt.
 — Riemlich fest.

Hamburg, 8. Januar. [Getreibemarkt.] Weizen und Roggen loco still, beide auf Termine ruhig. Weizen 126¹/₂ pr. Jan. 1000 Kilo netto 190 Br., 188 Sd., per Jan.-Febr. 1000 Kilo netto 191 Br., 189 Sd., per April-Mai 1000 Kilo netto 191 Br., 190 Sd., per Mai-Juni 1000 Kilo netto 193 Br., 192 Sd.

April-Mai 45½, per Mai-Juni per 100 Liter 100 pEt. 46. Kaffee feil,
Umjak 2000 Sad. Petroleum behauptet, Standard white loco 11, 80
Br., 11, 70 Gd., per Januar 11, 70 Gd., per Januar-März 11, 30 Gd.,
per August = December 12, 30 Gd. — Wetter: Frost.

Middl. Orleans 7%, middling ameritanische 7%, fair Dhollerah 5, middling fair Dhollerah 4%, good middling Dhollerah 4%, middl. Dhollerah 3%, fair Bengal 4, fair Broach 5%, new fair Domra 5%, good fair

Warpcore Qualität Howland 12 $\frac{1}{2}$, 40r Double Weston 13 $\frac{1}{2}$, 60r Double
Weston 16, Printers $16\frac{1}{16}$ $22\frac{1}{16}$ 8 $\frac{1}{2}$ pfd. 117. — Mäßiges Geschäft, zu vollen
Preisen.

Petersburg, 8. Januar, Nachmittags 5 Uhr. [Schlußcourse.]

Petersburg, 8. Januar, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 48, 25, per August 48, 50. Weizen per Mai 10, 00. Roggen per Mai 6, 75. Hafer loco 5, 00, per Mai 4, 75. Haarf loco —, —. Leinsaat (9 Pud) per Mai 13, 00. — Wetter: 7 Grad Kälte.

Liverpol, 8. Januar. [Getreidemarkt.] Weizen 1, Mehl 6 D. nie-

Amsterdam, 8. Januar. Vancaginn 58½.
 Antwerpen, 8. Januar. Nachmittags 4 Uhr 30 Min. (Getreide-
 markt.) (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen unverändert, Ddessa 18½.
 Hafer stetig. Gerste behauptet, Donau 18¼.

loco 11 M. 80 Pf. a 11 M. 85 Pf. bez. Fest.

In allen Buchhandlungen zu haben:
Die Küche aus eigener Erfahrung
 oder Allgemeines Kochbuch für bürgerliche Haushaltungen,
 von **Caroline Baumann.**
 Nach der neuen Maß- und Gewichtserordnung

Wechsel-Course.	Eisenbahn-Stamm-Actien.
-----------------	-------------------------

Fonds- und Geld-Course.		do. neue			
Freiw. Staats-Anleihe	4½	—	Cöln-Minden	8 7/16	5 —
Staats-Anl. 4¼%ige	4½	—	do. do. neue	5	4 120,50-20,25
do. consolid.	4½	105,50	Cuxhav. Eisenb.	0	5 187 bzG
do. 4%ige	4½	99,50	Ruz-Bodenbah B	0	0 6
Staats-Schuldchein.	3¾	91 bz	Gal.Carl-Ludw.-B.	8,87	4 41,70 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3¾	133,50	Halle-Soran-Gub.	0	4 110,20-10,50
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,30	Alten-Alger-Anleihe	0	4 32,50 bz
			Kaschau-Oderberg.	5	5 60,70 bz
			Kronpr.Rudolphsb.	5	5 67,10 bzG

Kurh. 40 Thir.-Loose	124,90 bz	Rechte O.-U.-Bahn	6 1/4	—	4 1/2	115,40 bz
Badische 35 Thir.-Loose	124,90 bz	Reichenberger-Bahn	4 3/4	4 1/2	—	68,50 bz
Badische 35 Thir.-Loose	124,90 bz	Reinischke	—	—	—	128,75 bz
Braunsch. 77 Thir.-Loose	124,90 bz	Rhein-Nach-Bahn	0	0	4 1/2	—
Oldenburger Loose	125,40 bz	Rumän.-Eisenbahn	5	—	—	35,20 + 5,60
Louisd. — d. — d.	Fremd.Bkn. 99,90 bz	Schweiz-Vestbahn	19 1/2	—	—	22,90 bz
Frankr. 9,60 bz	Oest. Bkn. 182,90 bz	Stargard-Posen.	4 1/2	4 1/2	—	101 bz
Sover. 20,42 G	— d. Silbrgld. 191 bz	Thüringer —	—	7 1/4	—	113 bz B
Napoleon 16,25 bz	Gd. d. 74.-Guld. —	Wiarschau-Wien	11	—	—	281,20 bz

[illegible]

do.	do.	1866	165,50	G.	Disch.-Com.-A.	14	-	4	169,50	bs
do.	do.	Bod.-Cred.-Pfab.	5	90,95	bs	Genossensch.-Bk.	3	-	4	101 bzG
do.	do.	Sachs.-Pol. Schatz.-Anst.	5	80,75	bsG	do.	junge	-	4	103,30 bzG
do.	do.	Poln.-Liquid.-Pfab.	4	82	bs	Gwsh.-Schusterst.-Bk.	8	-	4	68,50 bs
do.	do.	Poln. Liquid.-Pfab.	4	69,40	bs	Goth.Grunder.-Bk.	8	-	4	119 bzG
Amerik.	do.	5%Anl. p.1882	6	97,35	G	Hamb. Vereins-B.	100	-	4	123,75 bs
do.	do.	p.1883	6	102,00	bs	Hannov. Bank.	7 1/2	-	4	105 bzG
do.	do.	5% Anle. -	5	99,90	bs	do.	Dis.-Bk.	-	4	78,50 bzG
Französische	do.	5% Anle. -	5	100,75	G	Hessische Bank	0	-	4	57 B
Ital. neue 5% Anle. -	5	67,60	G	-	Königsb. do.	0	-	4	80,40 G	

do. Hess. Nordbahn	103,50	02	Pr.-Bod.-Cr.-Act.B.	0	4	108 bz
Berlin-Goritz	5		Pr.-Bod.-Cr.-Act.B.	9 1/2		120,30 bzG
do.	4 1/2		Sch.B. 60 %	0		121 bz
Breslau-Freib. Litt. D.	98,25	bzG	Sachs. Cred.-Bank	0		74,75 bz
do. do.	98,75	bzG	Schl. Bank.-Ver.	6		108,10 bz
do. do.	98,75	bzG	Schl. Centralbank	8		60 bz
do. do.	98,75	bzG	Schl. Vereinsbank	7		95,25 bzG
do. do.	100 B		Thüringer Bank	4		96 bz
do. do.	98,70	bzG	Weimar. Bank	8		88,25 bzB
do. do.			Wiener. Unigub.	0		155 B

		Industrie-Papiere.			
do.	G.	99,50 B			
do.	H.	100,70 B			
do.	103,20 bzG			
do.	von 1873. 1/2	91,50 G			
do.	von 1874. 1/2	98,10 G			
do.	Brieg-Neisse. 1/2	95,50 bzG			
do.	Cösl.-Oderb. 1/2				
do.	103,75 B			
do.	Stargard-Posen. 1/2	92,75 B			
do.	do. II. Em. 1/2	100 G			
			Baugess. Flessner	0	4 2,50 bz
			Berl.Eisenb.-B.d.A. 6 1/2	0	4 124,75 bzG
			D. Eisenbahnb.-G.	—	4 27 bzG
			do.Reichs-u.Co.-E.	—	4 87,75 G
			Mfrk.Sch.Masch.G.	—	4 33,25 bzG
			Nordp.Papierfabr.	—	4 39 B
			Wctand. Com.G.	—	fr. 19 bz

Ung. Ostbahn.	62 bzG	do. St.-P.-Act. .	18	4 1/2	0,750 bzG
Leobsberg-Czernowitz .	71 35 bzR	Tarnowitz, Bergb. .	6	—	59 B
do. do. II. 5	79 bzB	Vorwärtschütte .	7	4	38 G
do. do. III. 5	72,90 bzG				
Mährische Gembahnen .	70 G	Baltischer Lloyd .	0	4	26 etbzG
Mähr.-Schl. Centralbahn fr.	29,50 bzG	Bresl. Hochbahn .	0	38 G	—
do. neue fr.	39,50 G	Bresl. E.-Wagen .	3 1/2	4	51,50 G
Kronpr. Rudolph-Bahn 5	84,50 bzG	do. ver. Oelfabr. .	8	4	60 bzB
Oesterr.-Französisch. . 3	320 25 G	Erdba. Spinneri .	7	4	51,90 bzG

Verantw. vortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von (Groß) Meißner, Tausch (M. Friedrich) in Meissen

Wohlfeiles Kochbuch.

In allen Buchhandlungen zu haben:
Die Köchin aus eigener Erfahrung
 oder Allgemeines Kochbuch für bürgerliche Haushaltungen,
 von **Caroline Basmann.**
 Nach der neuen Maaß- und Gewichtsordnung
 verb. Aufl. Eleg. geb. Preis 1 Rthl 50 S.
 Verlag von **Eduard Trevesandt** in Breslau.